

Dokumentation



zum

zweiten

Regensburger Dialog

***Jugendsozialarbeit
kostet was***

—

***keine Jugendsozialarbeit
kostet mehr***

Freitag, 7. Oktober 2005

Haus Hemma

Regensburg



**Brennpunkt
Jugendsozialarbeit**

Einführung

Sehr geehrte Damen und Herren,

dies ist die Dokumentation des zweiten Regensburger Dialogs der Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit in Bayern.

Damit es für Sie attraktiv bleibt, diese auszudrucken, ist sie so schlicht wie möglich gehalten: Sie enthält nur wenige Fotos oder Grafiken, sondern lediglich eine Zusammenstellung der am 7. Oktober 2005 gehaltenen Reden sowie einige wenige, dennoch bemerkenswerte Stichworte aus dem, was in den Arbeitsgruppen und vor allem im Abschlussplenum angemerkt wurde, und die Pressemitteilung des Landes-Caritasverbandes zu diesem Tag.

Beim Abgleich mit Ihrer Erinnerung und beim Lesen werden Sie es merken: Die meisten Statements sind so wiedergegeben, wie sie schriftlich vorgelegt wurden. Lediglich ein Beitrag entstand aus dem Abschrieb dessen, was vor Ort gesagt wurde. Diese Vielfalt und Unterschiedlichkeit trägt hoffentlich zum Reiz dieser Dokumentation bei.

Ich wünsche Ihnen interessiertes, anregendes Lesen mit vielen Impulsen für Ihre Arbeit und freue mich auf ein Wiedersehen – spätestens am 6. Oktober 2006, beim dritten Regensburger Dialog der LAG KJS Bayern.

Ihr

Michael Kroll
Geschäftsführer der LAG KJS Bayern

Inhalt

STAND●PUNKT Jugendsozialarbeit	Seite 3
Impulsreferat von Michael Kroll	Seite 4
Grußwort von Staatssekretär Jürgen W. Heike	Seite 8
Grußwort von Oberbürgermeister Hans Schaidinger	Seite 10
Grußwort von Generalvikar Dr. Wilhelm Gegenfurtner	Seite 12
Stichworte aus den Arbeitsgruppen und dem Abschlussplenum	Seite 13
Pressemitteilung des Landes-Caritasverbandes Bayern	Seite 14

Impressum

Herausgeberin: LAG KJS Bayern
Redaktion: Michael Kroll
Kontakt: Landestelle für Katholische Jugendsozialarbeit in Bayern
Lessingstr. 1, 80336 München, Tel.: 089/54497-140/-142
Fax: 089/54497-187, jugendsozialarbeit@caritas-bayern.de

Der Brennpunkt Jugendsozialarbeit bestand im Jahr 2005 aus zwei Teilen. Im ersten Teil hat die LAG KJS Bayern prominente Partnerinnen und Partner im Sommer 2005 darum gebeten, ihr ihren persönlichen Standpunkt zur Jugendsozialarbeit zu verraten: Auf einem roten, runden STAND●PUNKT stehend wurden Interviews geführt, die zu Dokumentationszwecken und zur Vorführung im zweiten Teil, dem Regensburger Dialog am 7. Oktober 2005, auf Video aufgezeichnet wurden.

Beim Regensburger Dialog wurde ein 25-minütiger Zusammenschnitt dieser Interviews vorgeführt. Außerdem liegt eine vollständige schriftliche Dokumentation aller Interviews vor. Eine DVD mit dem Zusammenschnitt sowie die Interview-Dokumentation auf Papier können in der Landesstelle für Katholische Jugendsozialarbeit in Bayern angefordert werden.

Dies waren die Leitfragen für die STAND●PUNKT-Interviews:

- △ Jugendsozialarbeit schafft Integration für sozial benachteiligte junge Menschen. Wie würden Sie „Benachteiligung“ beschreiben? Wo und wie erleben Sie diese Jugendlichen?
- △ Vorbeugen ist preisgünstiger als heilen. Was können Angebote der Jugendsozialarbeit Ihrer Meinung nach dazu beitragen? Wie sollen diese das konkret tun?
- △ Was können oder sollen Politik, Kirche und weitere gesellschaftliche Partner dazu beitragen, dass die Situation benachteiligter junger Menschen verbessert wird? Wie werden diese Beiträge am besten finanziert?
- △ Welchen Beitrag konnten bzw. können Sie aufgrund Ihrer Position bisher und in Zukunft dazu leisten?
- △ Unsere christlich-abendländische Kultur baut auf Solidarität und gemeinsame Verantwortung. Wie müssen aus Ihrer Sicht die gesamtgesellschaftlichen Mittel verteilt werden, um auch den Menschen mit schlechten Startchancen Zukunftschancen zu eröffnen? Welche Unterstützungs-Strukturen braucht es dafür? Sozialstaat nach Kassenlage oder Investition in die Zukunft der Jugend?
- △ Bildung schafft Zukunft. Wie schätzen Sie die Bildungsleistung der Jugendsozialarbeit ein? Wie kann diese besser im Bewusstsein von Verantwortungsträgern und Öffentlichkeit verankert werden?
- △ Mobilität erhöht die Möglichkeiten für Jugendliche, ihre Bildungschancen zu ergreifen. Jugendwohnheime für Auszubildende stellen – analog zu Studentenwohnheimen – Mobilität und damit Bildung sicher. Wie kann das Angebot „Jugendwohnen“ aus Ihrer Sicht zukunftsicher gemacht werden?
- △ Weitere, aktuelle, direkte, persönliche, spontane, ... Fragen.

Diese Persönlichkeiten wurden auf dem STAND●PUNKT interviewt:

Renate Ackermann (MdL Die Grünen), Dr. Gunther Bös (Audi AG), Dr. Wilhelm Gegenfurtner (Generalvikar Bistum Regensburg), Lissy Gröner (MdEP SPD), Jürgen W. Heike (Staatssekretär StMAS), Joachim Herrmann (MdL CSU), Hermann Imhof (MdL CSU), Dr. Hildegard Kronawitter (MdL SPD), Thomas Mütze (MdL Die Grünen), Dr. Franz Prast (Regionaldirektion Bayern der BA), Hans Rampf (OB Landshut), Jürgen Reichert (Bezirkstagspräsident Schwaben), Joachim Unterländer (MdL CSU)

von Michael Kroll, Leiter der Landesstelle für Katholische Jugendsozialarbeit in Bayern

Das Thema unseres heutigen Dialogtages heißt „Jugendsozialarbeit kostet was – keine Jugendsozialarbeit kostet mehr“. Aus Sicht der katholischen Jugendsozialarbeit geht es heute also darum, dass sich Investitionen in Jugendsozialarbeit, in Jugendliche mit besonderem Förderbedarf lohnen. Doch müssen wir dann natürlich auch ehrlich die Fragen beantworten, wie diese Investitionen aussehen können, warum sie sich lohnen, wie sie zukunftssicher gestaltet sein können und wer welche Investitionen erbringen sollte, wenn diese Gewinn bringend für alle beteiligten Partner sein sollen. Denn dass Jugendsozialarbeit „eigentlich“ dringend nötig und sinnvoll ist, das haben wir ja gerade in den Interviews von allen Seiten gesagt bekommen.

Wenn wir über Kosten reden, dann reden wir über Geld, über Zahlen. Leider gibt es keine gesicherte volkswirtschaftliche Untersuchung über Kosten und Nutzen der Jugendsozialarbeit. Ich selber bin auch kein Volkswirt. Ich möchte dennoch versuchen, unserem Tag einige Zahlen und einige Konsequenzen voranzustellen.

Ein erstes Handlungsfeld der Jugendsozialarbeit ist die **Jugendberufshilfe**. Im Juni diesen Jahres waren in Bayern 10.000 Jugendliche mit besonderem Förderbedarf in Maßnahmen der Berufsvorbereitung der Bundesagentur für Arbeit. Weitere 10.000 haben ausbildungsbegleitende Hilfen in Anspruch genommen. 1.800 haben eine überbetriebliche Ausbildung absolviert und 1.700 waren in einer der neuartigen Einstiegsqualifizierungen gemeldet – leider kann ich Ihnen diese und alle weiteren Zahlen nicht nach Geschlechtern getrennt benennen. Die BA bezahlt dafür zum Beispiel in der Berufsvorbereitung pro Jugendlichen und Monat im Schnitt rund 450,- Euro. Insgesamt hat sie in Bayern für diese Maßnahmen im ersten Halbjahr 2005 rund 55 Millionen Euro ausgegeben. In den letzten Jahren, seit diese Maßnahmen bundesweit ausgeschrieben werden, ist dieser Betrag angeblich um 30 Prozent gesunken. Ein betriebswirtschaftlicher Erfolg – doch ich bin sicher: Ein Erfolg, der zu Lasten der Qualität der Maßnahmen geht, der zu Lasten der Mitarbeiter geht, ein Erfolg, der erfahrene freie Träger vom Markt gewischt hat – ein Erfolg letztlich auf Kosten der Jugendlichen mit individuellem und „passgenauem“ Förderbedarf.

In den Beschäftigungsmaßnahmen der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit bei den verschiedensten Trägern in Bayern erhalten einige tausend Jugendliche sinnvolle und effiziente Hilfen, die ihnen die Aufnahme einer Berufsausbildung ermöglichen. Finanziert wird dies wesentlich vom Freistaat Bayern. Immerhin: 4,8 Millionen Euro stellt der Freistaat hier trotz seiner Sparpolitik in diesem Jahr zur Verfügung. Darüber hinaus gibt es in diesem Jahr 3,3 Millionen Euro für Projekte gegen Jugendarbeitslosigkeit aus dem Arbeitsmarktfonds. Beides darf auch in kommenden Nachtragshaushalten und Kürzungsrunden nicht zur Disposition gestellt werden!

Übrigens sind über all diese jungen Menschen hinaus 20.000 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz in Berufsschulen untergebracht: in Jungarbeiterklassen und im berufsvorbereitenden Jahr. Ein Parkplatz mit häufig unsicherer Perspektive.

Wirklich erfreulich ist daneben übrigens die Investition, die ein Betrieb in einen Auszubildenden steckt: zwischen 24.000,- (Mechatroniker) und 7.600 Euro (Kauffrau) netto im Jahr. Wobei wir bei den gesellschaftlichen Kosten einer Berufsausbildung natürlich nicht die Kosten für die Berufsschule vergessen dürfen. Doch all das wird, zumindest, wenn es nach der Ausbildung einen Arbeitsplatz gibt, allemal aufgewogen durch den zu erwartenden Ertrag durch eine gut ausgebildete Fachkraft.

Was kostet daneben ein wirklich arbeitsloser Jugendlicher? Wir haben davon in Bayern derzeit die skandalöse Zahl von ca. 70.000. Arbeitslosengeld 1, Arbeitslosengeld 2, Unterkunftskosten, Bedarfsgemeinschaft, Sozialversicherung... Konkrete Durchschnittswerte konnte ich da nicht finden. Doch neben den realen Kosten muss man auch sehen, dass mit jedem Jahr des nicht erfolgten Berufseinstiegs die Wahrscheinlichkeit geringer wird, den Jugendlichen überhaupt

jemals in ein kontinuierliches Arbeitsverhältnis zu bringen. Die Folgekosten sind also enorm, das lässt sich über lange Arbeitslosen-Biographien nachweisen.

Wir haben in Bayern an die 10.000 Jugendlichen, die jährlich in einem **Jugendwohnheim** – ein weiteres wichtiges Handlungsfeld – leben, diese sind, wie das gleichnamige Projekt zur Zukunftssicherung des Jugendwohnens sagt, AUSWÄRTS ZUHAUSE als Dauerbewohner und als Blockschüler. Diese essen und schlafen, verbringen ihre Freizeit und erfahren Rückhalt und Orientierung in pädagogischer Begleitung und in der Gruppe. Hier werden Schlüsselqualifikationen erworben, wird falschen Orientierungen vorgebeugt – und von den Wohnheimen profitieren auch die Betriebe, die Innungen, die Berufsschulen. Als tägliches Entgelt ist beispielsweise in München ein Satz von 26,- Euro vereinbart. Das sieht in anderen Orten oft ganz anders aus.

Die Jugendlichen im Wohnheim schließen zu nahezu 100 Prozent erfolgreich ihre Ausbildung ab – was das bringt, hatte ich vorher schon erwähnt. Diese Jugendlichen wurden im 1. Halbjahr 2005 mit 25 Millionen Euro allein in Bayern gefördert über die Berufsausbildungsbeihilfe der BA. Viele bekommen ihre BAB aber aus ihrer Heimat-Agentur – und die ist oft nicht in Bayern.

Der Freistaat fördert Mobilität, also indirekt auch das Jugendwohnen mit seinem Programm „Fit for Work“ – mit 150,- Euro im Monat für im Ausbildungsjahr 2004 268 Jugendliche. Leider gibt es hier „Bayerisches Geld nur für bayerische Jugendliche.“ Eine, wie ich finde, fragwürdige Devise unseres Sozialministeriums, schließlich geben die Jugendlichen hier ihr Geld aus, zahlen, wenn sie da bleiben, irgendwann einmal hier Steuern, gründen vielleicht in Bayern eine Familie und so weiter.

Apropos fragwürdig: Die Streichung der freistaatlichen Zuschüsse für Erzieher in Jugendwohnheimen, von zuletzt 300.000,- Euro auf 0,- Euro im vergangenen Jahr hat die Jugendsozialarbeit schwer getroffen. Dazu kommt, dass es schon seit Jahren von niemandem mehr – außer gelegentlich von der Kirche, das sei hier ausdrücklich und lobend erwähnt – Unterstützung für notwendige Investitionen und Sanierungen gibt. Hier kostet Jugendsozialarbeit jetzt also gar nichts mehr – es steht realistisch zu befürchten, dass sich das irgendwann in deutlich höheren Kosten für die Sanierung von Ruinen niederschlagen wird oder darin, dass Träger, die jetzt noch bis an die Schmerzgrenze der Ausbeutung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihrer Rücklagen gehen, ihre Wohnheime aufgeben und Staat und Gesellschaft die Folgekosten tragen müssen.

Gelegentlich gibt es aber auch noch großzügige Kommunen, die aus ihren Jugendhilfe-Etats auch das örtliche Jugendwohnheim institutionell oder punktuell unterstützen.

Wir haben in Bayern an knapp 50 Schulen **Jugendsozialarbeit an Schulen** – ein drittes Feld – in katholischer Trägerschaft. Damit erreichen wir Tausende von Schülerinnen und Schülern – besser lässt sich das leider nicht sagen, denn das hängt von der Arbeitsweise und den Strukturen vor Ort ab.

Jugendsozialarbeit kostet hier vor allem in Form von qualifiziertem Personal. 40 Prozent der Personalkosten übernimmt der Freistaat – aber bayernweit gerade einmal an insgesamt 89 Stellen mit einem Gesamt-Haushaltsvolumen von 1,7 Millionen Euro. Das staatliche Ausbauziel von 350 Stellen an 500 Schulen ist in weite Ferne gerückt, statt dessen sollen wir dankbar sein für das Einfrieren dieses so wertvollen Programms. Bis zu 20 Prozent muss übrigens der Träger zuschießen – das tun viele kirchliche Träger gerne, doch ihr finanzielles Engagement hat oft zu früh natürliche Grenzen.

Um so dankbarer sind wir, dass und wenn immer mehr Kommunen erkennen, dass Investition in Sozialpädagogik an der Schule eine lohnende Investition ist: Ein Gewalt- und Kriminalitätsrückgang von messbaren 50 Prozent macht sich nicht nur in geringeren Instandhaltungskosten bemerkbar. Nein, das ist auch eine Investition in das Miteinander-Leben, in das Klima in der örtlichen Gemeinschaft. Und ist so etwas nicht zuletzt auch ein Standortfaktor?

Wir haben in Bayern jährlich 2.500 Jugendliche in 11 **Jugendmigrationsdiensten** – eine weitere Aufgabe der Jugendsozialarbeit – in katholischer Trägerschaft. Die anderen in Partnerschaft verbundenen Träger tragen 17 weitere Jugendmigrationsdienste. Jeder neu zugewanderte Jugendliche – Flüchtlinge, Familiennachzügler, Aussiedler – erhält hier eine sehr individuelle Förderung, die ihm die Integration in unser Gemeinwesen nachhaltig erleichtert. Dass diese Inte-

gration notwendig ist zeigt die Statistik: Schon 2020 werden zwanzig Prozent der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer, die unseren Arbeitsmarkt gestalten, ausländischer Herkunft sein. Heute sind das 10 Prozent. Die Jugendmigrationsdienste wurden im Kontext der Ausweitung ihrer Aufgaben seit 2004 sowie des Zuwanderungsgesetzes tatsächlich ausgebaut. Hier stehen derzeit – und hoffentlich auch in Zukunft – genügend Mittel des Bundesjugendministeriums zur Verfügung.

Etwas anders ist es um die Sprachkurse bestellt. Nach wie vor gibt es kaum jugendspezifische Integrationssprachkurse nach dem Zuwanderungsgesetz. Die Mittel des Bundes wurden in den letzten Jahren massiv zusammengestrichen – von 350 Millionen DM 1993 auf 28 Millionen Euro 2005. Das Nachholen eines Schulabschlusses in einem Quali-Kurs ermöglicht jungen Leuten oft erst die Integration in Ausbildung und Beruf. Diese Kurse werden nicht mehr vom Freistaat Bayern finanziert. Wir denken, das war vor kurzem noch gut investiertes Geld und fordern den Freistaat auf, hier bald wieder mit gutem Beispiel voranzugehen.

Hätten wir mehr Mittel zur Verfügung, um die notwendigen Overhead-Kosten zu finanzieren, so könnte ich ihnen hier noch etwas über **andere wichtige Felder** der Jugendsozialarbeit sagen: Streetwork, aufsuchende oder mobile Angebote prägen ebenfalls die Jugendsozialarbeit, aber auch die Arbeit mit straffälligen oder haftentlassenen Jugendlichen. Hier gibt es Schnittmengen zu den Erziehungshilfen – hier gäbe es aber auch den Bedarf, als Jugendsozialarbeit landesweit zu bündeln, zu koordinieren, zu vertreten und neue, notwendige Angebote modellhaft oder als Regel-Angebot zu profilieren. Dafür gibt es im Bereich der Caritas aktuell aber keinerlei Ressourcen, nicht von der Kirche finanziert und nicht vom Staat. Ich bin mir aber sicher: Eine Kosten-Nutzen-Rechnung würde auch hier positiv ausfallen.

Also: Jugendsozialarbeit kostet was. Weil Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (das so genannte Humankapital) bezahlt werden müssen – übrigens, in Zeiten des Preisdumpings: bitte immer zu angemessenen Löhnen, die der Qualität der geleisteten Arbeit und der notwendigen Vorbildfunktion entsprechen –, als Pädagoginnen und Pädagogen, als Anleiter, als Verwaltungskräfte, gelegentlich auch als pastorale Mitarbeiterinnen. Dadurch entstehen Personalkosten, Sachkosten und Reisekosten. Jugendsozialarbeit kostet was, weil sie Räume braucht: instandgehaltene oder sanierte alte Räume, gelegentlich neue Räume, oft ganze Häuser. Darin braucht es Möbel und Arbeitsausstattung, Werkzeug und Material. Wer kann in sozialen Einrichtungen heute dafür noch vernünftige Investitionskostenrücklagen bilden?

Wenn wir aber auf der anderen Seite sehen, dass wir alle miteinander, die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, Gesellschaft und Politik die Kosten tragen müssen, wenn Jugendliche nicht integriert sind:

- △ Jugendarbeitslosigkeit und in der Folge Erwachsenen-Arbeitslosigkeit kostet. Einige Zahlen habe ich hierzu schon genannt – und habe dabei aber noch nicht davon gesprochen, dass knapp die Hälfte der Gesamtkosten von Arbeitslosigkeit – allein 2003 waren das in Deutschland 82 Milliarden Euro – nicht in Leistungen fließt, sondern durch Mindereinnahmen in Steuern und Sozialversicherungen verursacht wird.
- △ Gewalt und Kriminalität kosten – ein Knast-Platz verschlingt am Tag zwischen 100,- und 200,- Euro, die Polizei hat einen großen Apparat, die Belastung der Gesundheitskassen und Versicherungen ist immens.
- △ Suchtmittelmissbrauch als Flucht aus dieser Welt verursacht vielfältige Folgekosten.
- △ Je geringer der soziale Standard eines Menschen, desto höher sind seine Krankheitskosten.
- △ Fehlgeschlagene Integration von jungen Migrantinnen und Migranten kommt uns teuer zu stehen – hier hat jeder wohl sein eigenes Bild.

Vor dem Hintergrund derartiger möglicher Desintegration wird schnell klar, dass ein Miteinander mit gerecht verteilten Chancen auf Teilhabe, mit gesellschaftlichem Frieden und persönlicher Unversehrtheit nicht umsonst zu haben ist.

Sondern, dass jeder und jede dazu seinen und ihren Beitrag leisten muss. Neben dem Beitrag des Einzelnen meine ich dabei vor allem den der letztlich über unsere Steuergelder gemein-

schaftlich getragenen Institutionen: Der Bundesrepublik Deutschland mit ihren Ministerien und der Bundesagentur für Arbeit. Des Freistaats Bayern mit seinen vielfältigen Fördermöglichkeiten. Nicht zu vergessen der Europäische Union mit ihren Programmen.

Auch – und ganz wichtig – die Wirtschaft kann, ja: muss Entscheidendes zur Integration junger Menschen in Ausbildung und Beruf, in die Gesellschaft beitragen.

Und man muss den Beitrag der Kommunen sehen, die so viel im Bereich der Jugendhilfe leisten: Auch wenn das finanzielle Level inzwischen hoch ist – in schulische, berufliche und gesellschaftliche Integration von Jugendlichen zu investieren macht sich ganz besonders und sehr konkret vor Ort bezahlt. Und wir sind uns hoffentlich alle einig, dass gestiegene Jugendhilfekosten in der Regel nichts mit Maßlosigkeit und Luxus zu tun haben. Sondern dass sie ein Indiz für gestiegene Not sind. Daher dürfen auch die Unsicherheiten und Schlupflöcher, die das SGB II hier neuerdings bietet, nicht zu Lasten der sozialpädagogischen Jugendhilfeleistungen der Jugendsozialarbeit gehen.

Und auch die Kirche leistet viel. Indem sie einen unverzichtbaren Beitrag zur Jugendpastoral und zur Seelsorge leistet. Und indem sie – leider für den Bereich der Jugendsozialarbeit nicht konkret zu erfassende – Kirchensteuer- und Spendenmittel investiert: in den infrastrukturellen Rahmen, in Räume, in Personal, in Not-Hilfe. Doch ist das genug? Ich kann mir eine deutlichere Schwerpunktsetzung im Bereich dessen, was auch wir Katholiken Diakonie nennen, vorstellen, eine nach außen wie nach innen deutlicher erkennbare Option für die Jungen und die Benachteiligten, die den Worten auch Taten – mehr Taten als bisher – folgen lässt.

Ich kann es Ihnen hier, wie Sie gemerkt haben, nicht im Detail vorrechnen. Aber ich bin mir sicher: Jeder in Prävention investierte Euro ist ein doppelt und dreifach verzinsten Euro – auch wenn die Zinsen vielleicht scheinbar auf einem anderen Konto landen als auf dem dessen, der zunächst eingezahlt hat.

Übrigens: Falls die vielen Euro-Summen, die ich vorher genannt habe, Sie zu der Reaktion verleiten: Was will der denn, das ist doch großartig?, so mag ich hier nur noch anmerken, dass in unserer Gesellschaft aus den unterschiedlichsten Gründen die Zahl der Jugendlichen mit Hilfebedarf leider nach wie vor steigt – und damit auch die Kosten der Hilfe für diese. Investitionen dürfen also keinesfalls zurückgefahren werden, wie dies – scheinbar aufgrund haushaltspolitischer Sachzwänge – vielerorts immer wieder angedroht wird. Im Gegenteil!

Nach den Antworten auf meine Eingangs-Fragen nach den „Warum?“ und dem „Wer?“ steckt hinter all dem also auch eine Antwort nach dem „Wie?“: Es geht nicht nur um Gruppen, um pauschalisierte Lösungen, die vermeintlich Kosten sparen. Es geht um den einzelnen Jugendlichen, die einzelne Jugendliche. Diese dürfen individuell gefordert werden. Er oder sie muss daneben aber auch sehr speziell gefördert werden. Denn auch Jugendliche mit sozialen Benachteiligungen und individuellen Beeinträchtigungen sind wertvolle und werden nützliche – auch wirtschaftlich nützliche Mitglieder unserer Gesellschaft. Davon gehen wir aufgrund unseres christlichen Welt- und Menschenbildes selbstverständlich aus.

Eine Alternative könnte aber auch sein, dass wir uns damit abfinden, dass zehn Prozent eines Jahrgangs – die mit Beeinträchtigungen, die ohne Schulabschluss, die ohne Arbeit – ruhiggestellt und aufbewahrt werden, dass wir vor denen geschützt werden – zu welchem Preis auch immer. Arbeit gibt's ja schließlich schon für die Fitten nicht genug...

Ich finde, wir müssen alles in unserer Kraft stehende tun, um eine solche Perspektive für unsere Gesellschaft zu vermeiden.

Klar ist dabei aber auch: Die Jugendsozialarbeit ist nur ein kleiner Baustein im großen Instrumentenkasten der Vorbeugung und Heilung. Doch gerade auch Jugendsozialarbeit – angesiedelt in der häufig schwierigen Übergangsphase zwischen Schule, Ausbildung und Beruf – ist erwiesenermaßen erfolgreich. Sie ist eine rentable Investition. Sie ist preiswert. Und sie hat einen hohen Mehr-Wert.

„Jugendsozialarbeit kostet was – keine Jugendsozialarbeit kostet mehr“: Ich bin nun gespannt auf die Antworten der unterschiedlichen Fachleute auf die dahinter steckenden Fragen – auf das Gemeinsame, auf die Unterschiede und auf das, was sich als Konsequenz daraus ergibt!

Grußwort

von Jürgen W. Heike, Staatssekretär im bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Einladung zum zweiten Regensburger Dialog. Ich bin gerne nach Regensburg gekommen, um mit Ihnen – wie es in meiner Einladung so treffend stand – offen, kontrovers und zielführend zu debattieren.

Mit dem Ende der Sommerferien ist saisonbedingt die Zahl der Arbeitslosen in Bayern wieder zurückgegangen. Dies wird sich mit Beginn der kalten Jahreszeit zwar ändern, trotzdem möchte ich darauf hinweisen, dass sich der Vorjahresabstand bei den Arbeitslosenzahlen seit März nahezu halbiert hat. Die gesamtwirtschaftliche Lage ist jedoch trotz der aktuellen Verbesserung bedrückend. Ende September waren allein in Bayern 467.915 Menschen (Quote 8,2 Prozent) arbeitslos. Mit einer Quote von 8,6 Prozent, bundesweit 12,7 Prozent ist die Gruppe der unter 25-Jährigen besonders hart betroffen. Und bei jeder Meldung der großen Konzerne – wie erst wieder in den letzten Wochen geschehen – tausende von Stellen einzusparen, bleibt natürlich auch die bange Frage, was dies mittel- und langfristig für die Chancen unserer jungen Menschen auf Teilhabe und Beteiligung an zivilgesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen bedeutet.

Seit neun Monaten sind die unter Hartz IV bekannten Neuregelungen mit ihrem Kernstück – der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einer einheitlichen Leistung für erwerbsfähige Hilfebedürftige – in Kraft. Nebenbei bemerkt: Wir sollten uns sprachlich langsam von dem Begriff Hartz IV verabschieden und den korrekten Begriff „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ verwenden.

Das Gesetz hat das erstrebenswerte Ziel, Langzeitarbeitslose schneller und effizienter als bisher wieder in den ersten Arbeitsmarkt einzugliedern. Zudem trägt es dem Prinzip des Förderns und Forderns Rechnung. Die Reform ist als solche richtig und nicht zu kritisieren, da sie langfristig positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hat. Aber:

- △ Ende August beliefen sich die Kosten des Bundes für die Umsetzung des SGB II bereits auf 16,72 Milliarden Euro. Das sind bereits 2,1 Milliarden Euro mehr als für dieses Jahr geplant!
- △ Bundesminister Clement ist erst jetzt der von Bayern seit langem erhobenen Forderung nachgekommen, das Grundprinzip „gleiche Augenhöhe von BA und Kommunen in den ARGEn“ anzuerkennen.

Es besteht weiterhin die Notwendigkeit, die Hemmnisse, die einer Beschäftigungsaufnahme gering qualifizierter Langzeitarbeitsloser und insbesondere der Gruppe der unter 25-Jährigen entgegenstehen, konsequent zu beseitigen. Es muss Ziel sein, Menschen nicht dauerhaft in Mini-Jobs und Arbeitslosengeld II-Bezug zu halten, sondern sie in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Durch das SGB II wurden die Hinzuverdienstgrenzen für Hilfeempfänger gegenüber der früheren Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe bereits deutlich erhöht. Durch das vom Bundestag mit Zustimmung des Bundesrats beschlossene, am 01.10.2005 in Kraft tretende Freibetragsneuordnungsgesetz wird der Anreiz zur Aufnahme gering bezahlter Tätigkeiten weiter verbessert. Damit existiert ein flächendeckendes Kombilohnmodell, das die Basis für eine Stärkung des regulären Niedriglohnssektors bildet.

Positive Wirkungen der Reform bleiben derzeit auch wegen vielfältiger Umsetzungsprobleme und handwerklicher Fehler des SGB II noch aus. Umsetzungsprobleme bestehen z. B. bei der personellen Ausstattung der Arbeitsgemeinschaften, den unzureichenden Eingliederungs- und Verwaltungsbudgets und in der Zusammenarbeit von Agenturen für Arbeit mit den Kommunen in den Arbeitsgemeinschaften. Im Laufe der Diskussion werden wir sicherlich Gelegenheit haben, diese Probleme im Einzelnen zu besprechen.

Die Lösung der Umsetzungsprobleme stellt eine gewaltige Aufgabe dar. Wir haben uns dieser Aufgabe gestellt und Lösungsvorschläge u. a. im Rahmen einer Bundesratsinitiative gemacht.

Eines ist aber auch klar: Über die Grundsicherung für Arbeitsuchende (Hartz IV) schaffen wir noch keine zusätzlichen Arbeitsplätze! Entscheidende Voraussetzung für neue Arbeitsplätze sind steuer-, arbeits- und sozialrechtliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, die Vertrauen schaffen und Investitionen wieder attraktiv machen.

Daneben und ergänzend zu den Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit brauchen junge Menschen mit schlechten Startchancen die Unterstützung durch abgestimmte Maßnahmekonzepte der berufsbezogenen Jugendhilfe oder Jugendsozialarbeit. Diese Angebote sind für diese Zielgruppe oft die letzte Chance um im Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Aus gutem Grunde hat der Freistaat Bayern neben vielen anderen Aktivitäten auch einen besonderen Fokus auf die berufsbezogene Jugendhilfe gerichtet. Bayern ist im Ländervergleich gewissermaßen eine „Hochburg“. Mit rund 4,8 Millionen Euro Haushaltsmitteln aus dem Kinder- und Jugendprogramm und Zuschüssen über 0,7 Millionen Euro aus den Arbeitsmarktfonds fördern wir jährlich rund 50 Projekte und entlasten damit auch die Kommunen finanziell. Darüber hinaus haben wir aus dem Europäischen Sozialfonds im Förderzeitraum 2000 bis 2006 insgesamt weitere 53,3 Millionen Euro zusätzlich für diesen Politikbereich eingeplant. Speziell zur Unterstützung der Umsetzung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen werden derzeit 72 Projekte für benachteiligte junge Menschen aus der Zielgruppe des § 13 SGB VIII, die unter 25 Jahre alt sind und Alg II beziehen, mit ca. 7,6 Millionen Euro finanziert.

Die Jugendhilfe hat einen großen Erfahrungsschatz in der Jugendberufshilfe angesammelt, sie verfügt über Kompetenzen und Kooperationsstrukturen, die keinesfalls verloren gehen dürfen. Die öffentlichen und freien Träger der Jugendhilfe sind bei der Umsetzung des SGB II jedoch nicht nur Leistungsanbieter, sondern vielmehr unverzichtbarer Netzwerk- und Kooperationspartner vor Ort. Die Jugendhilfe ist gut beraten – und ich möchte sie dabei auch unterstützen – den fachlichen Diskurs über Bedarfe für komplementäre Leistungen der Jugendsozialarbeit anzuregen und die Angebote der Arbeitsgemeinschaften bzw. der optierenden Kommunen für die unter 25-Jährigen durch ihre spezifischen Hilfen und ihr Know-how aktiv mitzugestalten. Ich sehe hier eine große Chance, auch für Jugendliche mit erheblichen Problemen auf dem Arbeitsmarkt wirksame und effiziente Angebote bereitzustellen.

Ich wünsche der Veranstaltung einen guten Verlauf und fruchtbare Ergebnisse.



6 von etwa 66 Dialogpartner(inne)n:

Paul Bisping, Regionaldirektion Bayern der BA

Pater Josef Grünner SDB, Vorsitzender LAG KJS Bayern

Hans Schaidinger, Oberbürgermeister Regensburg

Dr. Wilhelm Gegenfurtner, Generalvikar Bistum Regensburg

Jürgen W. Heike, Staatssekretär Bayerisches StMAS

Michael Kroll, Geschäftsführer LAG KJS Bayern

Grußwort

von Hans Schaidinger, Oberbürgermeister von Regensburg, Vorsitzender des bayerischen Städtetags

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn ein Oberbürgermeister zum Thema „Jugendsozialarbeit kostet was – keine Jugendsozialarbeit kostet mehr“ ans Redepult tritt, hat er zur Zeit erhebliche Sorgenfalten auf der Stirn. Ich gehe heute allerdings ohne Sorgenfalten hier weg. Ich habe die Bitte, dass ich nachher die DVD mit den Interviews als Beweismittel bekomme. Die werde ich nämlich noch brauchen, weil die Forderungen, die dort gestellt worden sind, insbesondere bei den Landtagsabgeordneten aus allen Parteien natürlich Konsequenzen haben müssen: Wir werden in Zukunft das Geld bekommen, das wir brauchen. Anders kann es nicht sein, meine Damen und Herren, denn es kann sich doch keiner hinstellen und sagen, was alles gemacht werden müsste, wenn er nicht morgen bereit ist, die Konsequenzen zu ziehen und das Geld bereit zu stellen, das wir brauchen.

Doch ganz im Ernst: Sie haben ein Feld aufgespannt, von dem ich ganz klar sage, dass der größte Teil dieser Aufgaben kommunale Aufgaben sind. Auch wenn es heute modern geworden ist zu sagen „Dieser und jener soll etwas tun.“ – Nein, wir sind dran. Wir sind dankbar für Ihre Unterstützung und wir sind nicht die alleinigen Akteure. Aber im Bereich der Jugendhilfe sind nun mal die Kommunen die Hauptakteure. Dazu bekennen wir uns auch. Und ich glaube, dass wir Kommunen, nicht nur meine Stadt Regensburg, uns auch mit Kreativität und Verantwortungsbewusstsein dieser Aufgabe stellen. Wenn wir zum Beispiel arbeitslosen Jugendlichen eine Beschäftigung und eine Perspektive bieten, dann brauchen wir uns nicht zu verstecken.

Viele Kommunen, darunter auch die Stadt Regensburg und die Stadt Landshut, haben von sich aus und aus der Überzeugung, dass da etwas getan werden muss, die Initiative ergriffen im Bereich der Schulsozialarbeit. Das ist aber nicht schulische Aufgabe, sondern Aufgabe des Staates. Die Tatsache, dass der Staat hier 40 Prozent leistet, ist also zu wenig. Er müsste 100 Prozent bezahlen. Die Kommunen sind da häufig in Vorleistung getreten in Feldern, wo sie selbst Handlungsbedarf erkannt haben, aber eigentlich andere in erheblichem Maße gefordert gewesen wären.

Drastisch ausgedrückt meine ich, dass Ihr Tagungsthema eine Binsenweisheit ist. Das weiß jeder. Und die Kommunen, die mit ihrer Zuständigkeit für die Jugendhilfe diesen Zusammenhang besonders hautnah spüren, die wissen es am intensivsten. Deswegen gehe ich also ohne Sorgenfalten von hier weg, weil ich in Zukunft das Geld bekomme, das ich brauche. Ich werde alles, was wir heute besprechen, zum Thema des Kommunalfinanzausgleichsgesprächs am 14. November beim bayerischen Finanzminister machen. Ich kann den Staatssekretär zitieren, kann Abgeordnete zitieren – alles bestens. Und Sie werden, wenn morgen die Politik über die Gewerbesteuer und das kommunales Finanzsystem diskutiert, in Zukunft nicht mehr weghören, das ist auch wichtig. Sie sind Spezialisten für Jugendsozialarbeit, andere sind Spezialisten in Sachen Gewerbesteuerrecht – ab heute verstehen Sie den Zusammenhang. Sie wussten das natürlich schon früher, aber heute ist das Thema noch einmal verstärkt worden. Staatssekretär Heike hat gesagt: „Ohne Moos nichts los!“ Mit dieser Binsenweisheit allein sollten wir uns nicht zufrieden geben in der der Diskussion.

In welcher Situation stecken wir denn? Die Stadt Regensburg hat seit dem Krieg immer eine Arbeitslosenquote gehabt, die wie die aller Großstädte tendenziell über dem bayerischen Durchschnitt lag. Das maßgeblichste Ereignis der Nachkriegsgeschichte der Stadt Regensburg, das interessiert nur keinen, obwohl es wichtig ist, ist die Tatsache, dass die Stadt Regensburg seit 2003 eine Arbeitslosenrate hat, die unten dem Landesdurchschnitt liegt. Das soll uns erst mal einer nachmachen. Das ist Sozialpolitik. Da hat der Staatssekretär absolut Recht. Dort muss die Perspektive liegen. Wenn die Wirtschaft nicht prosperiert, werde ich nächstes Jahr wieder ein Problem haben, einen genehmigungsfähigen Haushalt darzustellen. Das ist das Problem, vor dem wir stehen. Wir befinden uns in der Rolle desjenigen, der ein altes Auto hat. Und der weiß, dass die Reparaturen für das alte Auto Geld kosten, und der weiß, dass keine

Reparaturen noch mehr Geld kosten. Und der trotzdem kein Geld hat, um die Reparaturrechnung zu bezahlen.

Hier liegt das Problem. Nicht bei der Einsicht in Ihr Thema. Das wissen alle. Nur: Was müssen und was können wir überhaupt in der jetzigen Situation in unseren öffentlichen Haushalten an Prioritätensetzungen verändern, damit wir Ihrer berechtigten Forderung gerecht werden? Ich habe schon meine Zweifel, ob wir diesem Motto, dieser Forderung, dieser Binsenweisheit derzeit gerecht werden können. Realistisch gesehen sage ich: Nein. Nicht, weil die Einsicht nicht da wäre, sondern, weil die Möglichkeiten nicht da sind. Ich wäre ja froh, wenn ich, wie der Freistaat Bayern, einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen könnte. Der Freistaat ist hier nicht zu kritisieren, das ist seine Verantwortung von der künftigen Generation. Nur, wenn ich das in Regensburg so tun würde, dann findet eine Reihe der Jugendsozialarbeitsmaßnahmen überhaupt nicht mehr statt. Das sage ich Ihnen ganz deutlich.

Aber wir hätten schon eine Möglichkeit. Nehmen sie den Bereich des Jugendhilferechts. Da sind die Ausgaben in den letzten zehn Jahren massiv gestiegen. Hier hat der Freistaat Bayern zusammen mit Baden-Württemberg heuer im Frühjahr das KEG in den Bundestag eingebracht, mit einem Einsparvolumen von einer Milliarde Euro – das ist nicht sehr viel. Wir werden uns vernünftige Sachen nicht mehr leisten können, wenn wir für seelisch behinderte Jugendliche teure Aufenthalte in schottischen Internaten finanzieren. Sie kennen diesen Fall aus meiner Kommune. Wenn wir uns das leisten wollen, dann ist das in Ordnung. Dann kann es aber andere Dinge nicht geben. Ich finde es blamabel, dass sich Abgeordnete aller Bundestagsfraktionen bei der Abstimmung über diese Bundesratsinitiative aus dem Bundestag hinausgeschlichen haben, nur damit keiner einer Kürzung dieser Leistung um eine Milliarde zustimmen muss.

Wir können uns nicht mehr alles leisten. Ich meine aber, Jugendsozialarbeit ist wichtig. So muss man also auch innerhalb der Jugendhilfe Prioritäten setzen. Wenn wir das Thema der seelischen Behinderung so weit ausdehnen wollen, dann müssen wir uns klar darüber sein, dass dann anderes nicht geht. Wenn wir der Meinung sind, dass das Thema Jugendsozialarbeit wirklich einen wesentlichen Aspekt dieser ganzen Palette von Jugendhilfeleistungen darstellt, dann werden wir auch dort bereit sein müssen ehrlich zu sagen, was in Zukunft noch vorrangig gehen soll und was beim besten Willen nicht mehr gehen wird.

Nicht das Problem der Anerkennung Ihres Tagungsthemas ist das, um was es geht. Sondern die Frage einer ehrlichen Prioritätendiskussion, an deren Beginn die Überlegung steht, dass wir nicht mehr alles werden tun können. Lassen sie uns darüber reden, was uns wichtig ist und was nachrangig ist und auch einmal wegfallen kann. Diese Diskussion ist schmerzlich. Und die ist viel schmerzlicher als alles das, was in Ihren Interviews gesagt wurde. Denn es ist leicht, ein schönes Interview zu geben. Nur werden wir damit nicht weiter kommen. Je früher wir mit dieser Prioritätendiskussion – natürlich nicht nur innerhalb der Jugendhilfe, aber auch innerhalb der Jugendhilfe – beginnen, um so leichter werden wir uns tun.

Ich appelliere noch einmal an Sie alle, dass wir uns dieser Diskussion mit Ernsthaftigkeit und Realitätssinn stellen, dass wir da beginnen, wo es möglich ist, und dass wir akzeptieren, dass momentan die Kommunen das schwächste Glied in dieser Kette sind. Wenn über die Finanzausstattung der Länder entschieden wird, dann sitzen die Länder selbstverständlich mit am Tisch, ebenso beim Bund. Wenn aber über die Finanzausstattung der Kommunen entschieden wird, dann sitzen wir nicht mit am Tisch. Und wenn nun im Bund Koalitionsverhandlungen geführt werden, dann werden wir sehen, welchen Spielraum die Kommunen hier noch haben. Deswegen kann ich Sie nur bitten, dort, wo Sie tätig sind, in Ihren Netzwerken zu agieren und auch einmal einen Landtagsabgeordneten oder einen Bundestagsabgeordneten zu fragen, welchen Zusammenhang von Jugendhilfe und kommunaler Finanzausstattung er im Kopf hat, wenn er in Berlin oder München darüber nachdenkt, wie viel Geld die Kommunen in Zukunft noch haben sollen.

Nun habe ich viel über Geld gesprochen. Aber solange wir kein Geld in der Tasche haben, so lange werden wir Ihr Motto nicht in einer Weise umsetzen können, wie es die Kommunen aus eigener Überzeugung, aus Wissen um die Sache – und wir sind doch schließlich am nächsten an den Problemen dran – gerne tun würden.

Ich danke Ihnen für Ihr Zuhören.

Grußwort

von Dr. Wilhelm Gegenfurtner, Generalvikar des Bistums Regensburg

Sehr geehrte Damen und Herren,

allerorts wird in Zeiten knapper Finanzen über die anfallenden Kosten – gerade auch im Sozialbereich – geklagt. Der deutsche Sozialstaat, vor wenigen Jahren noch als Erfolgsmodell gefeiert, scheint nun den Standort Deutschland zu gefährden.

Die Einschnitte der vergangenen Monate haben zwischenzeitlich auch viele langjährig erfahrene Träger im Bereich der Jugendsozialarbeit erheblich getroffen – bis dahin, dass qualifizierte Stellen abgebaut und bewährte Strukturen aufgegeben werden mussten.

Getroffen und betroffen sind jedoch vor allem die jungen Menschen, die es beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt immer schwerer haben, Zukunftsperspektiven zu entwickeln – wie z. B. ein Mädchen, das aufgrund familiärer Problemlagen in einer Regensburger Jugendwohngruppe betreut wurde, während dieser Zeit ihren Ausbildungsabschluss als Prüfungsbeste im Regierungsbezirk machte, das den Regierungspreis der Handwerkskammer und der Stadt Regensburg erhielt, das bis heute keine Anstellung in seinem Beruf als Malerin fand und jetzt auf 400-Euro-Basis bei einem Möbeldiscounter arbeitet.

Das sind alarmierende Zeichen, die es gilt in der Gesellschaft bewusst zu machen.

Gelingt uns dies nicht, wird unser Staat mit Folgeproblemen und -kosten belastet, die vor-schnelle Sparbemühungen wohl ad absurdum führen könnten.

Was hilft dann das in diesen Tagen oft strapazierte Argument, für kommende Generationen sparen zu wollen, wenn doch die Hilfen *jetzt* benötigt werden?

Ich erlebe als Generalvikar, aber auch als Vorsitzender der Katholischen Jugendfürsorge in vielen Einrichtungen und Diensten, die ich immer wieder besuche, dass es für junge Menschen, die am Beginn ihres Berufslebens stehen, wichtig ist, Wegbegleiter beim Start in die immer schwieriger und komplexer werdende Arbeitswelt zur Seite zu haben.

Das Don Bosco Zentrum der Salesianer, die Lernwerkstatt der Katholischen Jugendfürsorge oder auch der Jugendtreff Hohes Kreuz sind nur einige Beispiele hier in der Stadt Regensburg, wie sich Kirche in diesem für die Zukunft der Gesellschaft maßgeblichen Arbeitsfeld mit benachteiligten jungen Menschen einbringt. Diese Angebote können helfen, dass Jugendliche soziale Kompetenzen erlernen, dass wir sie zur Ausbildung befähigen und sie in einer schwierigen Lebensphase Unterstützung erhalten.

Mit diesem Engagement leisten die Träger der Wohlfahrtspflege einen gewichtigen Beitrag zu Integration, zu schulischer und beruflicher Bildung, vor allem aber einen Beitrag zur Teilhabemöglichkeit an der Gesellschaft.

Denn die Frage nach Lebenschancen, nach Teilhabe und Zugehörigkeit zur Gesellschaft wird wesentlich dadurch beeinflusst, ob jemand Zugang zu Bildung und Arbeit findet.

Ich bin der Überzeugung, dass sich dieser Einsatz lohnt. Man kann dem Motto der heutigen Veranstaltung, nur beipflichten: Jugendsozialarbeit kostet Geld – keine Jugendsozialarbeit kostet mehr!

Viel mehr, möchte ich ergänzen! Dazu nur zwei Feststellungen:

- △ Untersuchungen belegen, dass der Anstieg von (Jugend-)Arbeitslosigkeit um 1 Prozent in der Folge einen Anstieg bei der Kriminalitätsrate von 3 Prozent nach sich zieht, wie die Deutsche Vereinigung der Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen berichtet.
- △ Unabhängig von diesen Folgeerscheinungen können aber verwehrte und versäumte Hilfestellungen zur Ausgrenzung von immer mehr jungen Menschen aus der Gesellschaft führen und damit auch den sozialen Frieden beeinträchtigen.

Welche Wege werden nicht gebrauchte, durch problematische Familiensituationen belastete, lernbeeinträchtigte oder mit Sprach- und Verständnisschwierigkeiten gehandicapte Jugendliche einschlagen, wenn ihnen nicht angemessene und geeignete Hilfen zuteil werden ?

Besteht nicht aufgrund der steigenden Zahl von Abbrechern und Unvermittelten in Ausbildung oder Beruf die Gefahr von Gewaltaktionen, Vandalismus oder einem vermehrten Zulauf zu rechtsradikalen Gruppen ?

Es ist unsere Aufgabe als Kirche mit unseren Diensten in den Brennpunkten präsent zu sein und zu bleiben, weshalb wir auch künftig finanzielle Mittel für diese Aufgaben bereitstellen müssen. Dafür will ich mich auch weiterhin in der bayerischen Kirche einsetzen.

Es ist auch unsere Aufgabe, als Kirche immer wieder den Finger in die Wunden des Sozialstaates zu legen und in Politik und Gesellschaft auf die Nöte der Menschen aufmerksam zu machen, vor allem auch vor drohender Schiefelage zu warnen.

Es ist durchaus bedenkenswert, wenn Professor Butterwegge feststellt, dass die Sozialleistungsquote der Bundesrepublik Deutschland 1975 bei 33,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes lag. 2004 lag sie ebenfalls bei 33,3 Prozent – und das, obwohl es vor 30 Jahren lediglich eine Million Arbeitslose gab.

Oder wenn der Jesuitenpater und Sozialethiker Friedhelm Hengsbach vor einigen Jahren bereits schreibt: „Die Unternehmen schrumpfen sich gesund für den Export, auf Kosten der Arbeitslosenversicherung bzw. des Staates. Der Staat kommt finanziell in Schwierigkeiten und entlastet sich auf Kosten der schwächsten Bürger.“

Ist der Sozialstaat wirklich nicht mehr finanzierbar oder müsste neben durchaus wohl nötigen Sparmaßnahmen, neben Entbürokratisierung oder der gezielten Nutzung von Ressourcen in Netzwerken etc. nicht vermehrt die Verteilung der Güter zwischen arm und reich im Mittelpunkt der Diskussionen stehen?

Letztendlich – so möchte ich zunächst schließen – profitiert die gesamte Gesellschaft davon, wenn wir im Sektor schulischer und beruflicher Qualifizierung aktiv die Notlagen junger Menschen aufgreifen und Hilfe (zur späteren Selbsthilfe) finanzieren. Somit ist meines Erachtens auch jeder Einsatz von Steuermitteln hierfür gerechtfertigt.

Dass heute Vertreter aus verschiedenen Bereichen beim Brennpunkt Jugendsozialarbeit in Regensburg zusammenkommen, sehe ich als positives Zeichen. Hier treffen sich Menschen, denen das Thema Jugend und Arbeitswelt auf den Nägeln brennt. Ich freue mich auf die Diskussionen und würde wünschen, dass wir am Ende dieses Tages mit frischen Impulsen und neuem Mut die anstehenden Herausforderungen anpacken können.

Merkpunkte aus den Arbeitsgruppen und dem Abschlussplenum

Generalvikar Dr. Gegenfurtner (Regensburg) will die Bedeutung des Diakonischen in (nicht nur kirchlichen) Gremien betonen, bestärkt die Jugendsozialarbeit für ihr innerkirchliches Einmischen und ermutigt die Ordensgemeinschaften, Träger sozialer Einrichtungen zu bleiben.

MdL Unterländer (CSU) will

- ✓ sich für die Weiterführung des Programms *JSA an Schulen* einsetzen,
- ✓ für eine bessere Vernetzung von Jugendhilfe und Schule werben,
- ✓ Jugendhilfeausschüsse stärken.

Dr. Prechtl (Verband der bayerischen Wirtschaft) mahnt, die Lobbyarbeit für das Soziale zu verbessern und das Thema „Prioritätensetzung“ zu forcieren.

Herr Bisping (Regionaldirektion Bayern der BA) mahnt politisches Agieren, aber auch praktische Zusammenarbeit vor Ort sowie ein Achten auf die soziale Ausrichtung der BA an. Er wird die Stellungnahme der LAG KJS Bayern zum „Lohndumping“ in von der BA ausgeschriebenen Maßnahmen weitertragen.

Pater Otto (BAG KJS) mahnt eine offensivere Öffentlichkeitsarbeit und intensiveres Einmischen in politische Prozesse an.

Frau Reiser (StMAS) regt an, sich auf den Beschluss der Jugendministerkonferenz vom Mai 2005 (www.stmas.bayern.de/familie/jugendhilfe/jmk-t09.pdf) zu berufen und die ESF-Gelder für U-25-Maßnahmen im Rahmen des SGB II (www.arbeitsministerium.bayern.de/arbeit/esf/esf-hrz4.pdf) stärker zu nutzen.

Prälat Zerrle (Landes-Caritasverband Bayern) regt ebenfalls eine intensivere Öffentlichkeitsarbeit sowie verstärkte Netzwerkarbeit an. Er betont die Notwendigkeit, Jugendliche als eigenständige Zielgruppe sozialpolitischen Engagements nicht aus dem Blick zu verlieren.

Herr Schaidinger (OB Regensburg) hat (bereits vormittags) eine aktive Prioritätensetzung innerhalb der Jugendhilfe zu Gunsten der Jugendsozialarbeit angeregt.

Pressemitteilung des Landes-Caritasverbandes Bayern

Benachteiligte Jugendliche als Priorität der Sozialpolitik

Jugendsozialarbeit kostet Geld – keine Jugendsozialarbeit kostet noch mehr Geld

Regensburg. Die Förderung benachteiligter Jugendlicher muss vorrangige Aufgabe der Sozialpolitik sein, um diesen die Aufnahme einer Ausbildung oder Berufstätigkeit zu ermöglichen. Darüber waren sich alle Referenten beim Regensburger Dialog der Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit in Bayern (LAG KJS Bayern) einig. Dabei wurden jedoch unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt.

Michael Kroll, der Geschäftsführer der LAG KJS Bayern, forderte die Verantwortlichen aus Kommunen und Freistaat auf, trotz der Haushaltsnot eine ganz klare Schwerpunktsetzung bei den Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf vorzunehmen und die finanziellen Mittel nicht zu kürzen, sondern auszubauen: „Wenn die Zuschüsse weiter gekürzt werden, hat das zur Folge, dass Träger, die jetzt noch bis an die Schmerzgrenze der Ausbeutung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihrer Rücklagen gehen, ihre Einrichtungen aufgeben und Staat und Gesellschaft die Folgekosten tragen müssen.“ Kroll betonte, gestiegene Kosten für die Jugendsozialarbeit seien kein Luxus, sondern ein Indiz für gestiegene Not.

Jürgen W. Heike, Staatssekretär im Bayerischen Sozialministerium, hob ebenfalls die Unverzichtbarkeit der Förderung Benachteiligter heraus. Er lobte die Kompetenz und das Know-how der Träger der Jugendhilfe und unterstrich die Leistungen des Freistaats Bayern. Er betonte aber auch, dass die staatlichen Mittel begrenzt seien und man innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe über Prioritäten nachdenken müsse.

Hans Schaidinger, Oberbürgermeister von Regensburg und Vorsitzender des Bayerischen Städtetages, bekräftigte diese Haltung. Die Kommunen wüssten, was sinnvoll und notwendig wäre. Sie hätten aber faktisch nicht die Mittel dafür. Er ermutigte die Träger der Jugendsozialarbeit, engagiert zu arbeiten, aber auch zu sagen, was vor Ort konkreten Vorrang haben müsse.

Das tat der Generalvikar des Bistums Regensburg Dr. Wilhelm Gegenfurtner. Er betonte, dass er sich in seinem Bistum erfolgreich dafür einsetze, dass die Arbeit mit Jugendlichen bei Kürzungen ausgespart bleibt: „Die Jugend ist die Zukunft.“

Joachim Unterländer, sozialpolitischer Sprecher der CSU-Landtagsfraktion, sagte zu, sich dafür einzusetzen, dass die Hilfe für benachteiligte Jugendliche bei kommenden Sparrunden ungeschoren bleibt. Auch will er beim Kultusminister eine bessere Vernetzung zwischen Jugendhilfe und Schule anregen.

Zum zweiten Mal veranstaltete die LAG KJS Bayern einen sozialpolitischen Dialog in Regensburg, bei dem sie die Träger der Jugendsozialarbeit mit Verantwortlichen aus Politik und Kirche ins Gespräch gebracht hat. Das Motto des Tages lautete in diesem Jahr „Jugendsozialarbeit kostet was – keine Jugendsozialarbeit kostet mehr“.

Zahlen

In Bayern befinden sich jährlich über 30.000 Jugendliche mit besonderem Förderbedarf in Maßnahmen, die den Einstieg in Ausbildung oder Beruf vorbereiten oder die Ausbildung begleiten. An 89 Schulen gibt es vom Freistaat geförderte Schulsozialarbeiter, in 28 Jugendmigrationsdiensten wird die Integration jugendlicher Migrantinnen und Migranten angebahnt und rund 10.000 Jugendliche leben während ihrer Berufsausbildung in einem Jugendwohnheim.

In der bayerischen „Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (LAG KJS Bayern)“ sind mehr als 150 katholische Einrichtungen der Jugendsozialarbeit mit 2.500 Mitarbeitern zusammengeschlossen, die sozial benachteiligte oder individuell beeinträchtigte junge Menschen bis 27 Jahren in ihrer schulischen, beruflichen, sozialen und persönlichen Entwicklung und Integration fördern. Sie stehen den jungen Menschen in ihrer schwierigen Lage zur Seite und unterstützen ihre berufliche und soziale Integration durch berufsorientierte, berufsvorbereitende, ausbildungs- und beschäftigungsbegleitende Hilfen in Beschäftigungsprojekten, Jugendwerkstätten und sozialpädagogisch begleitete Jugendwohnheime.